

Mit Fusionen in die Zukunft

Auch im Baselbiet sollen sich Gemeinden zusammenschliessen

BaZ 12.1.2009

ALAN CASSIDY

In der Schweiz nimmt die Zahl der Gemeinden so stark ab wie noch nie. Baselbieter Gemeindepräsidenten fordern, dass ihr Kanton jetzt Gemeindefusionen vorantreibt.

Im Baselbiet kommt Bewegung in die Diskussion um Gemeindefusionen. Mehrere Baselbieter Gemeindepräsidenten verlangen von Liestal mehr Unterstützung für Zusammenschlüsse. «Fusionen müssen ernsthaft ein Thema werden», sagt Heiner Schärler, Gemeindepräsident von Therwil und Leiter der Vorortskonferenz, des Interessenverbands der grossen Unterbaselbieter Gemeinden. In Stadtnähe wären seiner Ansicht nach Grossgemeinden mit bis zu 30 000 Einwohnern sinnvoll, im oberen Kantonsteil kleinere Zusammenschlüsse.

UNAUSWEICHLICH. Pointiert äussert sich dazu auch Rolf Neukom, Gemeindepräsident von Arboldswil: «Fusionen sind unausweichlich», sagt er: «Um diese Einsicht kommt niemand

herum, der sich mit der Entwicklung der Randregionen befasst.» Seine Vision: Die Dörfer des hinteren Frenkental sollen in einer einzigen Gemeinde aufgehen. Schärler und Neukom fordern vom Kanton, fusionswillige Gemeinden mit finanziellen Anreizen zu unterstützen. Gemäss einer aktuellen Studie des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern unterstützen inzwischen 15 Kantone fusionswillige Gemeinden finanziell, zum Beispiel mit Beiträgen zur Entschuldung – Anreize, die laut der Berner Studie nachweisbar fördernden Einfluss auf Fusionen haben.

Im Baselbieter Landrat sind mehrere Vorstösse zu Fusionsfragen hängig. Ein Postulat von Elisabeth Schneider (CVP) verlangt vom Kanton finanzielle Anreize für Gemeinden, die fusionieren wollen. Die Grünen wollen, dass der Kanton beim Volk eine Konsultativabstimmung über Gemeindefusionen durchführt. Die Baselbieter Regierung lehnt Finanzhilfen bisher ab. Auf diesen Frühling hat Finanzdi-

rektor Adrian Ballmer (FDP) zwar eine Fusionsvorlage angekündigt. Diese soll jedoch nur eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile von Zusammenschlüssen beinhalten. Auch der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden tritt in der Fusionsfrage auf die Bremse. Für Präsidentin Myrta Stohler sind die emotionalen Hürden in vielen Gemeinden zu hoch. Heiner Schärler ist jedoch überzeugt: «Ein Grossteil der Bevölkerung hat nichts gegen Gemeindefusionen. Die Angst steckt in den Köpfen der politischen Entscheidungsträger.»

BESTAND SINKT. Der Trend ist jedenfalls nicht zu stoppen: Im letzten Jahr nahm in der Schweiz die Anzahl der Gemeinden so stark ab wie nie – um 79 auf 2636. Viele Schweizer Gemeinden beklagen ineffiziente Verwaltungen und Personalmangel in den Behörden. Diese Probleme lösen sie immer häufiger mit Fusionen. 2008 kam es in zehn Kantonen zu Zusammenschlüssen von Gemeinden. > SEITEN 2, 23

Rückenwind für Gemeindefusionen

In Stadtnähe und auf dem Land wird über Zusammenschlüsse nachgedacht

ALAN CASSIDY

In anderen Kantonen fusionieren Gemeinden fleissig. Im Baselbiet begnügt man sich hingegen mit Zweckverbänden. Dies sei überholt, sagen mehrere Gemeindepräsidenten. Der Kanton solle finanzielle Anreize für Fusionen setzen.

Lange ist es her, seit sich im Baselbiet letztmals zwei Gemeinden zusammenschlossen: 1972 fusionierten die beiden Leimentaler Dörfer Biel und Benken. Seither verharren die 86 Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft in ihren Strukturen. Sie beschränken sich auf punktuelle Zusammenarbeit – und organisieren sich in immer mehr Zweckverbänden.

Für Heiner Schärler, Gemeindepräsident von Therwil und Leiter der Vorortskonferenz, steckt dahinter eine «Fehlüberlegung». Eine Gemeinde wie Therwil sei Mitglied in mindestens zehn solchen Verbänden. Es werde zwar häufig behauptet, dass die Gemeinden bei einer Fusion an Einfluss und Mitbestimmung verlieren würden. Dabei hätten sie in den Zweckverbänden viel weniger zu sagen. «Bei diesen beschränkt sich der Einfluss der Gemeinden darauf, ein Mitglied des Gemeinderats in den Verband zu delegieren. Schliesslich bleibt den Gemeinderäten nur noch, alles abzusegnen, was aus diesen Zweckverbänden kommt», so Schärler. Die Folge: Die Gemeinderäte befassen sich zunehmend mit unwichtigen Geschäften.

BIS 30 000 EINWOHNER. Deshalb fordert Schärler jetzt, dass «in Sachen Fusionen endlich etwas geschieht». Ihm schweben in Stadtnähe Grossgemeinden mit bis zu 30 000 Einwohnern vor.

«Dies wäre eine optimale Grösse und würde es erlauben, die Kommunalpolitik professioneller und effizienter zu gestalten.» Unübersichtlich dürfe eine neue Gemeinde auf keinen Fall werden. «Gemeindepolitiker müssen die Probleme und Sachverhalte vor Ort aus eigener Ansicht kennen.» Bei einem Zusammenschluss von Therwil mit den Nachbargemeinden Ettingen, Biel-Benken und Oberwil wäre dies laut Schärler der Fall. Im Oberbaselbiet müsste man die Grenzen von neuen Gebilden hingegen weniger aufgrund der Einwohnerzahlen, sondern nach den geografischen Gegebenheiten ziehen.

DROHENDER KOLLAPS. Tatsächlich wurden im oberen Kantonsteil bereits früher solche Überlegungen angestellt (vgl. Karte). Und vergangene Woche forderte der Gemeindepräsident von Arboldswil, Rolf Neukom, in der «Basel-

landschaftlichen Zeitung», dass sich die finanzschwachen Gemeinden der Peripherie zusammenschliessen sollten – andernfalls drohe ihnen der Kollaps. «Wer sich mit der Entwicklung der Randregionen befasst, kommt um die Einsicht nicht herum, dass Fusionen unausweichlich sind», sagt Neukom gegenüber der BaZ. Seine Vision: Arboldswil könnte sich mit fünf Nachbardörfern des hinteren Frenkentals zusammenschliessen. Zentrum des neuen Gebildes wäre das im neuen Richtplan als «regionales Subzentrum» eingetragene Reigoldswil.

Werner Schweizer, Gemeindepräsident von Reigoldswil, ist für diese Idee «durchaus offen». Es sei angesichts der wenig komfortablen Lage vieler ländlicher Gemeinden vernünftig, vertieft über Fusionen nachzudenken, «bevor der Leidensdruck keine andere Lösung mehr zulässt». In Titterten und Zie-

fen stehen die Gemeindepolitiker dem Vorschlag Neukoms skeptischer gegenüber. Punkto Zusammenarbeit hätte eine Fusion zwar viele Vorteile, sagt der Titterter Gemeindepräsident Rolf Rudin. Als Grossgemeinde würde man beim Kanton wohl mehr Gewicht erhalten. Aber: «Die emotionalen Hürden für einen Zusammenschluss mit einer anderen Gemeinde sind im Oberbaselbiet immer noch hoch.» Auch für den Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden spricht dieses Argument noch gegen Fusionen.

Heiner Schärler sieht das anders. Die Bevölkerung in den Gemeinden hätte nichts gegen Fusionen, ist er überzeugt. Die Angst stecke in den Köpfen der politischen Entscheidungsträger. Auch Rolf Neukom vermutet: «Der grösste Widerstand kommt von Dorfkönigen, die ihre Pfründe verteidigen wollen.» > **TAGESKOMMENTAR SEITE 2**

15 Kantone fördern Gemeindefusionen finanziell – mit Erfolg

BASELLAND «GEFORDERT». Mit ihrer Haltung, Gemeindefusionen nicht aktiv zu fördern, ist die Baselbieter Regierung im Vergleich der Kantone inzwischen in einer Minderheitsposition. Eine vom Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern im Herbst 2008 durchgeführte Untersuchung zeigt, dass von 25 befragten Kantonen 15 finanzielle Unterstützung an fusionswillige Gemeinden leisten (AG, BE, GL, GR, JU, LU, NE, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS und ZH). Die Finanzhilfe besteht zum Beispiel aus einem Fixbetrag pro Einwohner. Jeder vierte Kanton ist zudem bereit, Beiträge zur Entschuldung einzelner Gemeinden zu leisten. Diese finanzielle Unterstützung habe «statistisch nachweisbar einen fördernden Einfluss auf Fusionen», heisst es in der Studie. Auch der Kanton Basel-Landschaft sei in dieser Frage gefordert, sagt der Therwiler Gemeindepräsident Heiner

Schärler, Präsident der Vorortskonferenz. Er würde finanzielle Anreize für Fusionen begrüßen. Um eine Fusion zwischen unterschiedlich finanzstarken Gemeinden zu erleichtern, könnte der Kanton etwa die Kosten des Zusammenschlusses durch eine Art Ausgleichszahlung an die reichere Gemeinde abfedern, so Schärler. Auch der Arboldswiler Gemeindepräsident Rolf Neukom verlangt vom Kanton professionelle Begleitung und finanzielle Unterstützung für Fusionsprojekte. Der Baselbieter Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) hat als Antwort auf einen Vorstoss von Elisabeth Schneider, CVP-Fraktionschefin im Landrat, eine Fusionsvorlage angekündigt, die eine «Auslegeordnung» bringen und den Gemeinden «Vor- und Nachteile von Fusionen aufzeigen» soll. Diese Vorlage soll im Frühjahr vor den Landrat kommen. ac

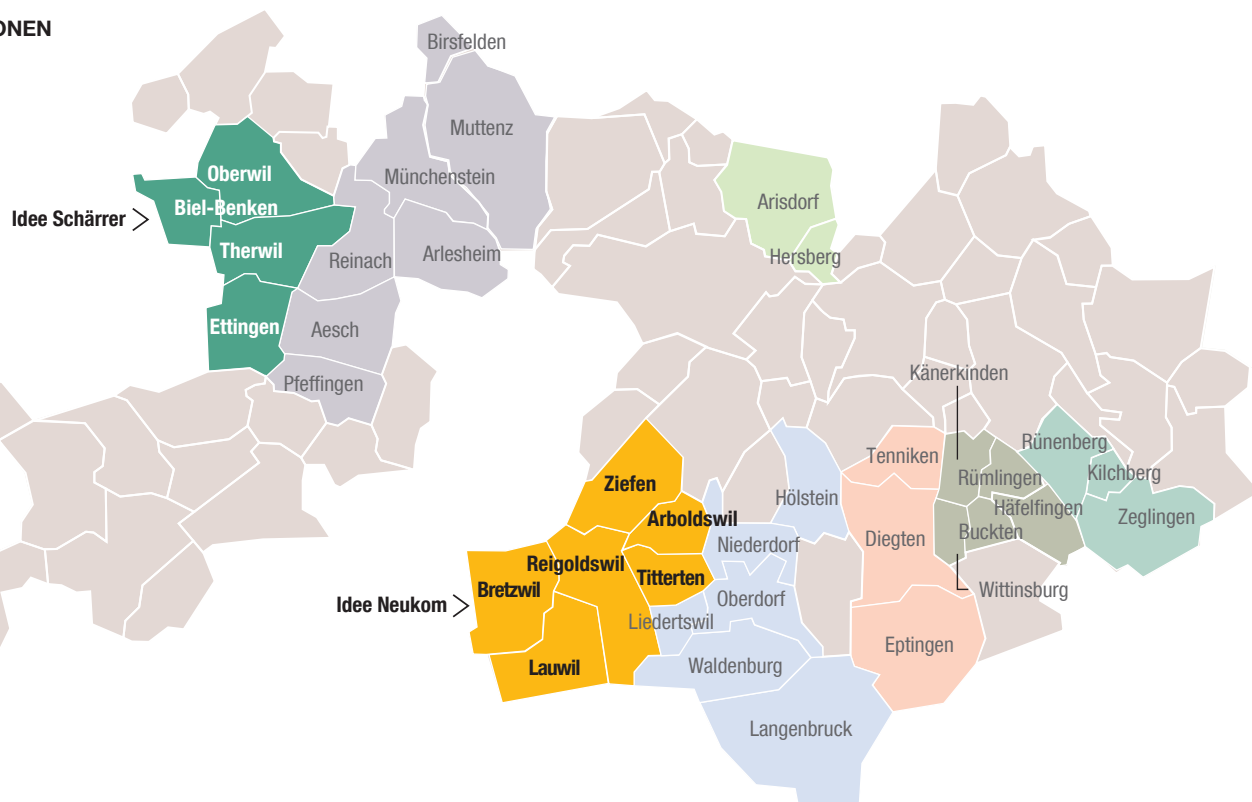
WEITERE FUSIONSIDEEN UND KOOPERATIONEN

Visionen in allen Teilen des Kantons

VERSCHIEDENE ANSÄTZE. Neben den Vorschlägen aus Therwil und Arboldswil (siehe Haupttext) gibt es eine Reihe von weiteren Ideen, wie die politische Landkarte des Baselbiets künftig aussehen könnte. Bereits zum Gemeindeverband «Birs-Stadt» zusammengeschlossen haben sich die Gemeinden Birsfelden, Münchenstein, Reinach, Arlesheim, Aesch, Pfeffingen und Dornach im Kanton Solothurn (grau). Im Dezember stiess die Gemeinde Muttenz zur «Birs-Stadt». Zu Fusionen im oberen Kantonsteil äusserste sich Edi Berger, Gemeindepräsident von Rümelingen, vor einem Jahr in der BaZ: Er schlug vor, dass Rümelingen mit Buckten, Häfelfingen, Wittinsburg und Känerkinden

fusionieren könnte (olivgrün). Bereits heute teilen sich die Gemeinden Rünenberg, Zeglingen und Kilchberg eine gemeinsame Verwaltung (grün). Der damalige Rünenberger Gemeindepräsident Hansueli Lüthi sprach vor einem Jahr von einer Fusion als

«letztem, logischen Schritt». Erste Gedankenspiele stellten auch schon die kleinen Gemeinden des Waldenburgerfels (hellblau) sowie des Diegtertals an (orange). Keine Chance hat aber wohl eine Fusion zwischen Arisdorf und Hersberg (hellgrün). ac



Stillstand im Baselbiet

MICHAEL ROCKENBACH



Die Schweiz ist in Bewegung. Noch nie fusionierten so viele Gemeinden wie 2008. Mit gutem Grund:

Gemeinsam können die Dienstleistungen effizienter erbracht werden. Weiterer Vorteil: Die häufig mühsame Suche nach politischem Personal wird viel einfacher. Nur im Baselbiet hat sich diese Erkenntnis noch nicht durchgesetzt. Hier herrscht weiterhin Stillstand. Schuld daran ist in erster Linie die Regierung, die sich um das Thema foutiert. Regierungspräsident Adrian Ballmer (FDP) entschuldigt das Nichtstun mit der Gemeindeautonomie. «Der Kanton darf Fusionen nicht forcieren, sie sind Sache der Gemeinden», sagt er. Dort ist man aber keineswegs dankbar für die Zurückhaltung. Im Gegenteil. Heiner Schärler, Gemeindepräsident von Therwil und Leiter der Vorortskonferenz mit allen Unterbaselbieter Gemeinden, verlangt vom Kanton ausdrücklich finanzielle

Ohne Starthilfe kommen Gemeinden mit unterschiedlichen Steuerfüssen nie zusammen.

Anreize für Fusionen. Am anderen Ende des Baselbiets, im kleinen Arboldswil, stellt Gemeindepräsident Rolf Neukom genau die gleiche Forderung. Die beiden Gemeindepräsidenten wissen, wie sie ihre Probleme lösen könnten, und sie sind sich bewusst, dass Fusionen nur mit Anschubfinanzierungen gelingen. Ohne kantonale Starthilfe kommen Gemeinden mit unterschiedlichen Steuerfüssen nie zusammen. Denn die Effizienzsteigerung zahlt sich erst mittel- bis langfristig aus, und kurzfristige Steuererhöhungen nimmt niemand gerne in Kauf. Daraus muss die Regierung in der bevorstehenden Fusionsvorlage Konsequenzen ziehen. Eine «Auslegung der Vor- und Nachteile» (Ballmer) reicht nicht. Die Vorteile sind offensichtlich. Ein Blick in die übrige Schweiz reicht, um das zu erkennen.